

Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann: „Wir fühlen uns im Stich gelassen“

Noch immer keine Abstandsregelung zum Schutz vor Elektrosmog in Niedersachsen / „Beschwerdebrieff“ an Landtagspräsident Gansäuer

COLNRADE/HARPSTEDT (eb/boh) • Vergebens waren bislang die Bemühungen der Gemeinde Colnrade und der Samtgemeinde Harpstedt, über Eingaben an den Petitionsausschuss Abstandsvorschriften zu Hochspannungsleitungen zu erreichen, wie es sie in Nordrhein-Westfalen bereits gibt. „Wir fühlen uns von der Landespolitik im Stich gelassen“, findet Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann klare Worte in einem an Landtagspräsident Jürgen Gansäuer gerichteten Brief. Für den

Rat der Gemeinde Colnrade und insbesondere für die Colnrader Bürger sei es unverständlich, so Lindemann, dass „eine so kompetente Landtagsverwaltung nicht innerhalb eines Jahres in der Lage ist, bereits bewährte Abstandsvorschriften eines benachbarten Bundeslandes zu prüfen, gegebenenfalls zu überarbeiten und für eine Kabinettsvorlage zusammenzustellen“. Die Zeit ist denkbar knapp. Das Raumordnungsverfahren für die geplante 380-Kilovolt-Freileitung von Ganderkesee nach

St. Hülfe neigt sich so langsam dem Ende zu. Am kommenden Dienstag werden in Oldenburg die „Träger öffentlicher Belange“ gehört. Vor diesem Hintergrund fürchtet Hiltraud Lindemann, dass eine Abstandsregelung - wie in NRW - wohl zu spät kommen wird, so sie denn überhaupt kommt.

„Vor Ort“, so schreibt sie in ihrem Brief an Gansäuer, frage man sich, ob und in wie weit die Bürgerinnen und Bürger von der Landespolitik ernst genommen würden. Lindemann weiter:

„Was kann eine Kommune (...) gegen die Planungen eines Konzerns überhaupt ausrichten, wenn dieser aufgrund gesetzlicher Vorgaben seine Planungen betreibt? Nur der Landesgesetzgeber kann diese gesetzlichen Vorgaben zum Wohle der Bevölkerung verändern. Spielen die Sorge und Nöte der Menschen vor Ort keine Rolle, wenn es um rein wirtschaftliche Interessen geht?“

Alle für den hiesigen Bereich zuständigen Landtagsabgeordneten waren in der Region, um sich über das

Freileitungsbauvorhaben zu informieren. Alle haben sie Verständnis signalisiert und sich auch eingesetzt. Offenkundig hakt es bei der Landesregierung. Von dort müsste endlich ein Signal kommen.

Hiltraud Lindemann befürchtet, der „kleine Mann“ könnte in der laufenden Raumordnungsplanung das Nachsehen haben, weil sich der Landesgesetzgeber nicht entscheiden könne oder wolle: „Wünschenswert wäre für mich als Vertreterin der Gemeinde Colnrade zu wis-

sen, ob es nun neue Abstandsvorschriften analog zu Nordrhein-Westfalen geben wird - oder nicht. Und wenn ja, wann?“, heißt es in dem Schreiben an den Landtagspräsidenten. Abschließend weist Lindemann auf das Land Bremen hin, das den Schutz der Bürger vor magnetischen Feldern, wie sie Hochspannungsleitungen verursachen, sehr ernst nimmt und den von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Vorsorgewert von 0,3 Mikrottesla übernommen hat.